

Vorlage Stadtparlament

Datum 20. Oktober 2020
Beschluss Nr. 4728
Aktenplan 321.01 Vormundschaft: Rechtliches

Totalrevision des Vertrags betreffend die Zusammenarbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz (KES)

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Dem beiliegenden Vertrag der Gemeinden Eggersriet, Häggenschwil, Muolen, Wittenbach und St.Gallen wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den Vertrag im Namen der Stadt St.Gallen abzuschliessen.
3. Es wird festgestellt, dass der Beschluss gemäss Ziff. 1 nach Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

1 Ausgangslage

Auf den 1. Januar 2013 trat das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht auf Bundesebene in Kraft. Ein Kernstück der Reform bildete die Regionalisierung und Professionalisierung der bisherigen Vormundschaftsbehörden. Die Stadt St.Gallen wurde dabei Teil der sogenannten KES-Region St.Gallen, der auch die Gemeinden Wittenbach, Häggenschwil, Muolen und Eggersriet angehören. Bereits im Dezember 2010 entschieden sich die beteiligten Gemeinden in einer Grundsatzerklärung für das Modell einer Trägerschaftsgemeinde (vgl. Art. 2 Abs. 1 lit. a des Einführungsgesetzes vom 24. April 2012 zur Bundesgesetzgebung über das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht [EG-KES; sGS 912.5]) und sahen die Stadt St.Gallen als Trägerschaftsgemeinde mit der Übernahme der Aufgaben der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vor.

Im August/September 2012 regelten die beteiligten Gemeinden die Einzelheiten betreffend die Übertragung der Aufgaben der KESB in einem Vertrag betreffend die Zusammenarbeit im KES¹. Hierbei handelt es sich um eine rechtsetzende allgemein verbindliche Vereinbarung², die gemäss Art. 61 lit. g des Gemeindegesetzes vom 21. April 2009 (GG; sGS 151.2) auf Seiten der Stadt St.Gallen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fiel³ und gemäss Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 (SRS 111.1) dem fakultativen Referendum unterstand.

¹ SRS 181.1

² Vgl. Botschaft der Regierung zum EG KES, ABI 2011, 2857.

³ Vgl. Vorlage Nr. 4592 vom 22. Mai 2012, an der Sitzung des Stadtparlaments vom 12. Juni 2012 beschlossen.

Bislang bildete die KESB Region St.Gallen eine eigene, administrativ zugeordnete Abteilung der Sozialen Dienste St.Gallen (SDS). Auf den 1. Januar 2020 wurde die KESB als eigene Dienststelle in der Direktion Soziales und Sicherheit ausgestaltet, damit sie künftig vermehrt eine eigene organisatorische Identität und Kultur entwickeln und als eigenständige Organisation auftreten kann, was die Unabhängigkeit der KESB stärkt.

Nicht zuletzt aufgrund dieser neuen Organisation soll der Vertrag betreffend die Zusammenarbeit im KES an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Zur besseren Lesbarkeit und Übersicht wurde auf einen weiteren Nachtrag – mit SRB Nr. 2481 vom 9. Dezember 2014 genehmigte der Stadtrat bereits einen Nachtrag zum Vertrag – zum bestehenden Originalvertrag verzichtet und ein neuer Vertrag erarbeitet. Dieser wurde mit den beteiligten Gemeinden besprochen und wird von diesen begrüsst.

2 Neuer Vertrag

Die Änderungen betreffen folgende Artikel:

In den **Art. 1, 2 und 4** erfolgen im Vergleich zum bestehenden Vertrag lediglich redaktionelle Anpassungen ohne inhaltliche Änderungen.

Art. 5 (neu) Arbeitsverhältnis

Das Arbeitsverhältnis der Behördemitglieder sowie der Mitarbeitenden der KESB Region St.Gallen richtet sich wie bis anhin (vgl. bisheriger Art. 5 Abs. 1 lit. a und Abs. 2 sowie bisheriger Art. 7) nach den personalrechtlichen Bestimmungen der Stadt St.Gallen (Abs. 1). Dabei haben sich auf den 1. September 2020 die Kompetenzregelungen betreffend die Begründung von Arbeitsverhältnissen geändert. Neu begründet der Stadtrat keine Arbeitsverhältnisse mehr. Die Anstellung der Dienststellenleitungen (und somit auch der KESB-Präsidentin bzw. des KESB-Präsidenten) erfolgt nach schriftlicher Absprache mit den Personaldiensten durch die Direktionen, diejenige der übrigen Mitarbeitenden (also auch der Behördemitglieder) durch die Dienststellen (vgl. Anhang 1 Ziff. 2a und 3i des Reglements vom 30. April 2013 zum Vollzug des Personalreglements [VZP, SRS 191.11]). Für die Anstellungen der Behördemitglieder werden wie bisher die beteiligten Gemeinden vorgängig angehört (Abs. 2).

Art. 6 (bisher Art. 5) Aufgaben und Kompetenzen der Trägerschaftsgemeinde

Der Stadtrat ist weiterhin dafür verantwortlich, einen Stellenplan für das gesamte Personal der KESB Region St.Gallen zu bewilligen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die übernommene Hochrechnung der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) aus dem Jahr 2009 eine nicht ausreichende Dotierung darstellt. Als Richtwert gilt neu eine Quote von 130 Stellenprozenten (bisher: 100 Stellenprozente) für jeweils 100 zu betreuende Dossiers (Abs. 1).

Aufgrund der neuen Organisation trifft anstelle der Leiterin bzw. des Leiters der SDS neu die KESB-Präsidentin bzw. der KESB-Präsident sämtliche weiteren notwendigen organisatorischen und räumlichen Massnahmen für den ordnungsgemässen Betrieb der KESB Region St.Gallen (Abs. 2).

Neu sieht der Vertrag vor, dass die Trägerschaftsgemeinde nach Anhörung der beteiligten Gemeinden mit weiteren Institutionen Dienstleistungsverträge im Bereich KES abschliessen kann (Abs. 3). Diese

Regelung ermöglicht es der Stadt St.Gallen, beispielsweise mit dem Trägerverein Integrationsprojekte St.Gallen (TISG) einen Vertrag abzuschliessen. Dies vor dem Hintergrund, dass TISG vorsieht, das Integrationszentrum für unbegleitete minderjährige Asylsuchende im Sommer 2021 von der Marienburg in Rorschach in die Landegg nach Eggersriet zu verlegen.

Art. 7 (bisher Art. 6) Berichterstattung und Austausch

In Abs. 1 erfolgen im Vergleich zum bestehenden Vertrag redaktionelle Anpassungen ohne inhaltliche Änderungen.

Zwischen der Trägerschaftsgemeinde und den beteiligten Gemeinden soll weiterhin ein regelmässiger Austausch stattfinden. Mit der organisatorischen Trennung der KESB von den SDS wird die Leiterin bzw. der Leiter der SDS jedoch nicht mehr daran teilnehmen (Abs. 2).

Art. 8 Finanzielles

In Art. 8 Abs. 1 und 2 erfolgen im Vergleich zum bestehenden Vertrag redaktionelle Anpassungen bzw. Präzisierungen ohne inhaltliche Änderung.

Bei der Änderung in Abs. 3 handelt es sich lediglich um eine Präzisierung der seit dem Jahr 2015 bestehenden finanziellen Regelung.

Art. 9 Kündigung

Jede beteiligte Gemeinde kann den Vertrag wie bis anhin, unter Beachtung einer Kündigungsfrist von einem Jahr, auf Ende jedes Jahres, erstmals auf den 31. Dezember 2022, kündigen.

Art. 11 Inkrafttreten

Der neue Vertrag tritt auf den 1. Januar 2021 in Kraft (Abs. 1) und soll den bestehenden Vertrag ersetzen (Abs. 2).

3 Zuständigkeit

Weil es sich wie erwähnt beim bestehenden Vertrag um eine rechtsetzende allgemein verbindliche Vereinbarung der beteiligten Gemeinden handelt, fällt auch der Beschluss über den neuen Vertrag in die Zuständigkeit des Stadtparlaments (vgl. Art. 61 lit. g GG) und untersteht dem fakultativen Referendum (Art. 8 Abs. 1 Ziff. 3 der Gemeindeordnung).

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Vertrag zwischen der Stadt St.Gallen und den Politischen Gemeinden Eggersriet, Häggenschwil, Muolen und Wittenbach betreffend die Zusammenarbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz